



Sowjetische Kriegsgefangene im Stalag X B Sandbostel: Verwaltung, Arbeitseinsatz, Massensterben

Auf der Kriegsgräberstätte in dem kleinen Dorf Sandbostel, ungefähr 60 km nordöstlich von Bremen, ist eine unbekannte Anzahl von sowjetischen Kriegsgefangenen beigesetzt. Knapp 4.600 der Toten sind namentlich bekannt,¹ die Gesamtzahl lässt sich nicht seriös schätzen, lag aber deutlich höher. Gepflegt wird der Friedhof von der Gemeinde Sandbostel und vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Das Engagement für die Pflege dieser Grabstätte wird gerade auch von den Familien der Toten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wahrgenommen und hoch gelobt. Und dennoch wird hier nicht nur der Toten gedacht, gleichzeitig wird – ob bewusst oder unbewusst – ihr Schicksal verschleiert. Denn die Bezeichnung als Kriegsgräberstätte impliziert, dass es sich hier um Opfer von Kampfhandlungen handelt, ähnlich der toten deutschen Soldaten auf den Friedhöfen. Verdeckt wird dadurch jedoch, dass es sich nicht – wie nach der offiziellen Diktion – um Kriegsoffer handelt, sondern um Opfer eines Verbrechens, eines Gesellschaftsverbrechens des nationalsozialistischen Deutschlands mit vielen Verantwortlichen, noch mehr Zuschauern und nur Wenigen, die sich ihm entgegengestellt haben.

Im Kern geht es darum, dass der Tod der sowjetischen Kriegsgefangenen keine bedauerliche, aber unabwendbare Kriegsfolge war, sondern zwingende Konsequenz der Umstände ihrer Behandlung und ihres Arbeitseinsatzes. Dies wird im Folgenden exemplarisch an einigen Vorgängen im Bereich des Stalag X B Sandbostel verdeutlicht. Die Gedenkstätte Lager Sandbostel gestaltet derzeit eine neue Dauerausstellung. Daher wird am Schluss auch knapp auf die Frage eingegangen, welche Inhalte in den Gedenkstätten an den Orten ehemaliger Kriegsgefangenenlager vermittelt werden können und welche Unterschiede es dabei zu den KZ-Gedenkstätten gibt.

Die grundsätzliche Politik gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen bzw. gegenüber der Bevölkerung in der Sowjetunion ist inzwischen allgemein bekannt, so dass darauf an dieser Stelle nur cursorisch eingegangen wird.² Bei dem Krieg gegen die Sowjetunion handelte es sich um einen Vernichtungskrieg, der sich grundlegend von den vorangegangenen Feldzügen im 2. Weltkrieg unterschied hat. Die rassistische Ideologie, mit der die Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“ begründet wurde, teilte ein Großteil der in diesem Feldzug eingesetzten Funktionsträger, auch von der Wehrmacht und der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten. Speziell gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen wurde diese Ideologie durch den Komplex der sogenannten „verbrecherischen Befehle“ durchgesetzt, mit denen etwa die Erschießung angeblicher „Politkommissare“ in der Roten Armee angeordnet wurde oder Straftaten von Wehrmachtsangehörigen gegen die Zivilbevölkerung der Sowjetunion ungeahndet blieben. In der älteren Historiographie und vor allem auch in Erinnerungsberichten deutscher Wehrmachtsangehöriger wurde immer wieder behauptet, der sogenannte „Kommissarbefehl“ sei nicht bis zu den unteren Einheiten übermittelt und in der Regel nicht befolgt worden. Doch je detaillierter man diese Frage wissenschaftlich untersucht, desto genauer kann man nachweisen, dass der Befehl jedem Wehrmachtsangehörigen bekannt war und flächendeckend befolgt wurde, während die Widerstände gegen diesen Befehl Einzelfälle darstellten.³

Wenn die sowjetischen Kriegsgefangenen in Gefangenschaft gerieten, kamen sie in ein System, das ihnen – kurz gesagt – das Lebensrecht absprach bzw. ihnen nur zugestand, wenn sie einen Nutzen für die Besatzungsmacht darstellten, vorzugsweise als Arbeitskraft. Dass hierin die Ursache für das Massensterben vor allem des ersten Winters 1941/42 liegt und nicht in etwaiger Überforderung der deutschen Militärbürokratie durch die Menge an Gefangenen, ist inzwischen klar herausgearbeitet worden. Der Krieg war darauf angelegt, in kurzer Zeit enorme Massen an gegnerischen Soldaten gefangen zu nehmen und dass die Wehrmacht sich darauf nicht vorbereitet hatte lag

schlicht daran, dass das Leben der sowjetischen Soldaten für die deutschen Stellen keinen Wert hatte. In der allgemeinen Selbstüberschätzung nach dem Sieg gegen Frankreich, als der Überfall auf die Sowjetunion geplant wurde, hatte man die Soldaten der Roten Armee nicht einmal in nennenswertem Umfang als Arbeitskräfte vorgesehen, obwohl der Mangel an Arbeitern zu den drängendsten Problemen der überhitzten deutschen Kriegswirtschaft gehörte. Man verließ sich darauf, die Sowjetunion noch 1941 endgültig besiegt zu haben und dadurch die deutschen Soldaten wieder in die Fabriken entlassen zu können.

Das Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlager Stalag X B in Sandbostel spielte ursprünglich in Bezug auf die sowjetischen Kriegsgefangenen keine Rolle.⁴ Die Planungen sahen vor, den Großteil der Gefangenen hinter dem Frontgebiet oder im besetzten Polen zu belassen und ca. 500.000 Gefangene zur Arbeit ins Reichsgebiet zu transportieren. Diese Gefangenen sollten in den einzelnen Wehrkreisen jedoch nicht in den bestehenden Kriegsgefangenenlagern untergebracht werden, sondern in neu zu gründenden sogenannten „Russenslagern“. Im Wehrkreis X, der seine Zentrale in Hamburg hatte und Norddeutschland von der dänischen bis zur niederländischen Grenze umfasste, war dafür das Lager X D in Wietendorf vorgesehen. Die Zustände in den „Russenslagern“ konterkarierten den geplanten Arbeitseinsatz jedoch vollständig. Die erschöpften und unterernährten Gefangenen kamen in Lager, die im Wesentlichen aus der Umzäunung und der Bewachung bestanden, während die Unterkünfte noch nicht fertiggestellt waren. Schnell grassierten Seuchen, und ein Massensterben setzte ein. Trotz des schlechten Allgemeinzustandes versuchte man, die Gefangenen zur Arbeit einzusetzen, zunächst bei schweren Arbeiten an abgelegenen Orten, etwa zum Bau von Entwässerungsgräben. Ab Herbst 1941 begannen auch Versuche, den Arbeitskräftemangel in der Rüstungsindustrie durch den Einsatz sowjetischer Gefangener zu beheben. Die daraufhin von den Betrieben eingehenden Berichte sprechen eine eindeutige Sprache. Bei den Francke-Werken in Bremen etwa waren innerhalb von knapp

drei Wochen von 78 sowjetischen Gefangenen bereits acht gestorben – „infolge Unterernährung“, wie es offen hieß. Und dies, obwohl das Werk die Gelegenheit gehabt hatte, ihre Arbeiter selbst in Wietzen-
dorf aus einer Vorauswahl von 500 Gefangenen auszusuchen. Das Werk machte den festgelegten Verpflegungssatz des Oberkommandos der Wehrmacht, nach dem sich die Lebensmittelzuteilungen richteten, für den Hungertod verantwortlich.⁵ Aber natürlich trägt auch das Unternehmen selbst Verantwortung: Trotz des sichtbaren körperlichen Verfalls der Gefangenen wurden sie weiterhin im normalen Arbeits-



Abb. 1: Sowjetische Kriegsgefangene auf dem Marsch vom Bahnhof Bremervörde zum Stalag X B, Herbst 1941. Das Foto wurde von einem deutschen Wachmann aufgenommen. Originalkommentar auf der Rückseite: „Russen zum Kgf.-Lager Sandbostel (Vermummt vor Kälte u. Hunger)! (Gedenkstätte Lager Sandbostel)

ablauf des Werkes eingesetzt, und man war mit ihrer Leistung „sehr zufrieden“.⁶ Und so hängt die Beschwerde über die unzulänglichen Lebensmittelrationen nicht so sehr mit der Sorge um die Menschen zusammen, sondern vielmehr damit, dass der Nachschub an

Arbeitskräften stockte. Denn im gleichen Schriftstück wird darauf hingewiesen, dass momentan aus den Lagern Wietzendorf und Sandbostel keine weiteren Gefangenen zugeteilt werden können, weil beide Lager wegen Flecktyphuseuchen unter Quarantäne standen. Trotz der Feststellung, dass die Vorschriften zur Behandlung der sowjetischen Gefangenen die Produktion gefährdeten, änderte sich wenig. Noch ein Jahr später waren die Klagen der Unternehmen im Bereich des Rüstungskommandos Bremen fast gleichlautend, nachdem die zwischenzeitliche zusätzliche Verpflegung mit Schlachthofabfällen wieder verboten worden war.⁷

Um die zunehmend chaotischer werdende Situation in Wietzendorf zu entspannen, wurden ab Ende September/Anfang Oktober 1941 sowjetische Gefangene nach Sandbostel versetzt, das damit zum zentralen Aufnahme- und Verteilungslager für sowjetische Kriegsgefangene im Wehrkreis X wurde, während Wietzendorf bald vorwiegend Todkranke aufnahm und sich so zum Sterbelager entwickelte. In Sandbostel wurde ein Lagerteil mit serbischen, französischen und belgischen Gefangenen sowie das mit polnischen Offizieren belegte Oflag X A für die neu ankommenden Transporte geräumt. Die Gefangenen wurden per Bahn bis nach Bremervörde transportiert und mussten dann die letzten knapp zehn Kilometer zu Fuß zurücklegen. Dass die Gefangenen extrem geschwächt in Bremervörde ankamen und es auf dem Weg in das Lager zu Gewalttaten bis hin zu Erschießungen kam, ist durch die Fotoserie eines deutschen Wachmannes belegt, die insgesamt sechs Aufnahmen umfasst. In den Kommentaren des Fotografen auf der Rückseite der Abzüge wird offen ausgesprochen, dass die Neuankömmlinge von „Hunger und Kälte“ geschwächt waren. Ein Foto mit einem totem Kriegsgefangenen und einem weiteren, der verängstigt im Gras liegend den Kameramann anblickt, wird nicht ohne Stolz kommentiert: „Erschossener Russe von uns, weil Flucht auf Gemüseacker“. Aus zeitgenössischen Berichten ist jedoch bekannt, dass es sich bei dem Ausbrechen einzelner Gefangener in Richtung Ackerflächen in der Regel nicht um – in die-

ser Lage völlig ausweglose – Fluchtversuche gehandelt hat, sondern um das verzweifelte Bemühen, im Vorbeigehen etwas Essbares mitzunehmen zu können. Ein Verhalten, das auch von vielen Arbeitgebern auf den Kommandos geschildert wurde, in der speziellen Situation des bewachten Marsches jedoch schnell tödlich endete, denn die



Abb. 2: Sowjetische Kriegsgefangene auf dem Marsch vom Bahnhof Bremervörde zum Stalag X B, Herbst 1941. Das Foto wurde von einem deutschen Wachmann aufgenommen. Originalkommentar auf der Rückseite: „Erschossener Russe von uns, weil Flucht auf Gemüseacker. Auf d. Wege zum Kgf.-Lager Sandbostel.“ (Gedenkstätte Lager Sandbostel)

Regeln der Wehrmacht für die Bewachung von Kriegsgefangenen schrieben klar vor, dass bei sowjetischen Gefangenen im Falle vermuteter Fluchtversuche sofort gezielt geschossen werden sollte, während Gefangene anderer Nationen erst durch Warnrufe zum Anhalten bewegt werden sollten. Das gezielte Schießen der Wachmannschaften wurde auch praktiziert, wie zahlreiche entsprechende Belobigungen belegen.⁸

Bei der Versetzung nach Sandbostel wurde der Versuch gemacht, die Gefangenen nach Ukrainern und Gefangenen aus den übrigen Gebieten der Sowjetunion zu trennen. Dazu wurden die Gefangenen zwei unterschiedlichen Kommandos zugeteilt, dem Kommando 110 X D für die Ukrainer und dem Kommando 124 X D für den Rest. Aus den Markierungen auf den Personalkarten⁹ geht hervor, dass diese Nationalitätenzuschreibung auch überprüft wurde. Praktische Folgen dieses Versuchs der nationalen Differenzierung – wie etwa eine mögliche Besserbehandlung der Ukrainer – lassen sich nicht nachweisen und diese Kommandos tauchen auch nur bei den ersten Transporten im Oktober und November 1941 in den Quellen auf. Am ehesten lässt sich vermuten, dass die Lagerleitung versuchen wollte, aus denjenigen Gefangenen mit der Nationalitätszuschreibung „Ukrainer“ geschlossene Kommandos für besondere Arbeiten oder Hilfswachmannschaften zu gewinnen. In mehreren Zeitzeugenberichten überlebender sowjetischer Kriegsgefangener wird von ukrainischen „Polizisten“ berichtet, die in einer gesonderten Baracke innerhalb des Lagerteils für die sowjetischen Gefangenen untergebracht waren.¹⁰

Selektionen hat es bei diesen ersten Transporten von Wietzendorf nach Sandbostel nicht gegeben; diese waren schon vorher in Wietzendorf durchgeführt worden, so dass sozusagen „saubere“ Transporte das Stalag X B erreichten. Auch später lassen sich keine Aussonderungen nachweisen. Allerdings war im Juni/Juli 1942 mit mehreren Transporten eine kleine Gruppe weibliche sowjetische Kriegsgefangene in Sandbostel angekommen, von denen bisher 15 namentlich bekannt sind. Es handelte sich dabei ausnahmslos um medizinisches Personal, also Krankenschwestern und Ärztinnen. Diese Frauen wurden Anfang August 1942 entweder den Arbeitsämtern als „Ostarbeiterinnen“ – also zivile Arbeiterinnen – zur Verfügung gestellt oder dem KZ Neuengamme überstellt. Bis jetzt ist es aufgrund der lückenhaften Quellenlage nicht gelungen, ein Muster darin zu erkennen, wer als „Ostarbeiterin“ eingesetzt und wer nach Neuengamme gebracht wurde. Aus irgendeinem Grund waren sie bei der vorgesehenen

„abwehrmäßigen Überprüfung“ ausgesondert worden.¹¹ Von den 15 namentlich bekannten sind vermutlich fünf im KZ Neuengamme erhängt worden.¹²

Im Oktober/November 1941, als die ersten sowjetischen Gefangenen in Sandbostel eintrafen, war auf der obersten politischen Ebene die grundsätzliche Entscheidung für den „Russeneinsatz“ gefallen. Die Verwendung der Gefangenen als Arbeitskräfte sollte jetzt systematisiert werden und ihren provisorischen Charakter verlieren. Der bereits erwähnte verheerende allgemeine Zustand der Gefangenen ließ derartige Bemühungen jedoch zunächst Makulatur werden. Anstatt die Gefangenen auf Arbeitskommandos weiterverteilen zu können, musste man zunächst das Lager wegen Flecktyphus unter Quarantäne stellen. Damit begann im Dezember 1941 in Sandbostel der katastrophale Hunger- und Seuchenwinter, dem Tausende zum Opfer gefallen sind. Die Zustände im Lager waren trotz der abgeschiedenen Lage durchaus breites öffentliches Gesprächsthema. Jedenfalls musste der Landrat Freiherr Schenck zu Schweinsberg noch im Dezember ein öffentliches Rundschreiben verfassen, in dem er feststellte, dass „entgegen anderslautenden Gerüchten in Sandbostel keine Cholera oder Pest herrschen, sondern lediglich einige wenige Fälle von Fleckfieber aufgetreten sind“.¹³

Welche Priorität der Arbeitseinsatz inzwischen hatte, lässt sich daran ablesen, dass man noch kurz vor der Sperrung des Lagers aus den geschwächten Gefangenen umfangreiche Transporte zusammenstellte, etwa zur Sprengstofffabrik Allendorf in Hessen oder nach Glinde bei Hamburg. Dort gab es in der Folge bis Frühjahr 1942 zahlreiche Todesfälle, bei denen als Ursachen in der Regel „Auszehrung“, „Entkräftung“, „Hungerödeme“, „Allgemeine Schwäche“ oder auch direkt „Unterernährung“ angegeben waren. Mittlerweile lassen sich für fast jeden Werktag ab dem 5. November bis zur Sperrung des Lagers Anfang Dezember 1941 Transporte in Arbeitskommandos nachweisen, die ersten davon sämtlich in den Wehrkreis IX.¹⁴



*Abb. 3: Sowjetische Kriegsgefangene bei der Ankunft im Stalag X B, undatiert
(Gedenkstätte Lager Sandbostel)*

Zwar ist die Gesamtzahl der in Sandbostel gestorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen nicht seriös zu schätzen, auch wenn klar ist, dass sie weit über die 4.600 namentlich bekannten Opfer hinausgeht. Dennoch lässt sich anhand der vorläufigen Liste der namentlich bekannten Opfer der Verlauf des Massensterbens nachvollziehen. So sind von diesen 4.600 Toten knapp über 2.000 im Zeitraum zwischen November 1941 und März 1942 gestorben. Die Sperrung des Lagers war bereits Mitte Februar aufgehoben worden, das Sterben hielt jedoch noch einige Zeit an. Während der Quarantäne waren die sowjetischen Gefangenen weitgehend sich selbst überlassen. So gab

es nur eine provisorische medizinische Versorgung in den Krankenrevieren, die sich im gesperrten Lager selbst befanden, während nur vereinzelt Kranke in das Lazarett gebracht wurden, das sich wenige Hundert Meter vom Lager entfernt befand. Dabei scheint es sich vorrangig um Fälle gehandelt zu haben, die als heilbar eingestuft wurden, denn die meisten wurden nach einiger Zeit wieder als „dienstfähig“ entlassen.

Aber selbst wenn die genauen Todeszahlen im Lager während des Winters 1941/42 bekannt wären, hätte man noch nicht alle Opfer dieses Verbrechens der Wehrmacht erfasst. Denn unmittelbar nach Aufhebung der Quarantäne schickte man aus den überlebenden, aber extrem geschwächten Gefangenen sofort wieder Transporte in die Arbeitskommandos. Dort setzte sich das Massensterben ungebrochen fort. Erhalten ist eine Liste von 150 Gefangenen des Kommandos 5885 X C in Tannenhausen bei Aurich in Ostfriesland.¹⁵ Dort befand sich ein Marinedepot zur Herstellung und Lagerung von Munition. Von über der Hälfte dieser 150 Gefangenen sind die Personalkarten I erhalten. Daran lässt sich nachweisen, dass der Transport am 24. Februar 1942 von Sandbostel abgegangen und zwei Tage später in Tannenhausen angekommen ist. Von den 150 Mann sind nachweislich 54 überwiegend bis Ende März 1942 direkt auf dem Kommando gestorben und auf dem Friedhof „Zum Ewigen Meer“ beigesetzt worden, während weitere 22 noch in die Lazarette Wietzendorf und Sandbostel gebracht worden sind und dort starben. 76 der 150 sind also kurz nach dem Transport nach Tannenhausen gestorben, wobei noch eine geringe Dunkelziffer einzukalkulieren ist. Nur bei einer Minderheit der Toten ist die Todesursache notiert worden; es handelt sich in der Regel um Krankheiten, die mit der mangelhaften Versorgung in Verbindung gebracht werden können. Am häufigsten waren Ruhr und Tuberkulose. Daneben gab es „Resorptionsstörungen“ oder „Darmkatarrh“, beides entzündliche Erkrankungen, die ebenfalls mit Mangelernährung in Zusammenhang stehen. Oft wurde jedoch nur „Körperschwäche“ oder „Allgemeine Schwäche“

vermerkt. Die Toten von Tannenhausen sind Opfer des erbarmungslosen Willens, möglichst viele Gefangene zur Arbeit einzusetzen. Dabei wurde nur oberflächlich untersucht, ob der Einzelne überhaupt arbeitsfähig war. Und bei dieser Prüfung ging es vorrangig darum, die Ausbreitung ansteckender Krankheiten im Reichsgebiet zu verhindern. Sobald diese Gefahr gebannt war, wurden die Gefangenen rücksichtslos zur Arbeit angetrieben, weitgehend unabhängig von ihrem jeweiligen körperlichen Zustand. Man hatte sich ja auch Anfang 1942



*Abb. 4: Sowjetische Kriegsgefangene im Stalag X B Sandbostel, Mai 1942
(Gedenkstätte Lager Sandbostel)*

noch nicht vollständig von der Illusion verabschiedet, dass Arbeitskräfte aus der Sowjetunion – seien es Kriegsgefangene oder Zivilisten – unbegrenzt zur Verfügung standen und nur bis zum bald erwarteten „Endsieg“ gebraucht würden.

Mit der Intensivierung des Arbeitseinsatzes traten auch die unterschiedlichen Funktionen der Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stamm-lager im Wehrkreis deutlicher hervor. Während Sandbostel vorwiegend der Aufnahme, Registrierung und Weiterleitung der Gefangenen diente, hatten die Stalags in Nienburg und Schleswig stärker die Verwaltung der Arbeitskommandos übernommen. Dies wird besonders daran deutlich, dass die beiden Großstädte im Wehrkreis X, Hamburg und Bremen, mit ihren besonders zahlreichen Kommandos in der Zuständigkeit von Schleswig bzw. Nienburg lagen, während Sandbostel nur die Kommandos in der näheren Umgebung zugeteilt waren. Aber auch so handelte es sich bereits um mehrere Hundert Kommandos mit Kriegsgefangenen verschiedener Nationalitäten.¹⁶ Daher ist es wichtig, den gesamten Wehrkreis X als System zu behandeln, in dem die Stalags mit ihren unterschiedlichen Aufgaben zusammenwirkten. Dies wird auch an der zentralen Stellung des Lazaretts in Sandbostel deutlich, in das Gefangene aus dem gesamten Wehrkreis transportiert wurden. Bisherige Darstellungen zur Geschichte von Kriegsgefangenenlagern konzentrieren sich häufig sehr auf den unmittelbaren Ort und können dadurch die Gesamtverantwortungen im System der Stalags nur unzureichend aufzeigen. Insgesamt waren eine Vielzahl von Stellen und Personen mit dem Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen befasst. Die Arbeitsämter steuerten die Verteilung, Polizei und Gestapo sorgten für die Überwachung, Parteistellen bis hinunter zum Ortsbauernführer kontrollierten die Einhaltung der Vielzahl von Verhaltensregeln, die der Bevölkerung immer wieder propagandistisch eingehämmert wurden, Gastwirte und Bauern verdienten an der Unterbringung der Gefangenen. Aber wichtig bleibt: Die Gesamtverantwortung für den Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen blieb bei der Wehrmacht und speziell bei den Stalags. So musste etwa jeder Arbeitgeber von Kriegsgefangenen einen Überlassungsvertrag mit dem Stalag abschließen, in dem auch die Höhe der Abgabe an das Stalag genau geregelt war.¹⁷

Für die weit überwiegende Mehrzahl der Arbeitskommandos fehlen uns genaue Kenntnisse über die Arbeits- und Lebensbedingungen, auch Fotos sind – im Gegensatz zu Aufnahmen mit westlichen Gefangenen – selten. Unzweifelhaft rangierten die sowjetischen Gefangenen ganz am unteren Ende der rassistischen Hierarchie, in welche die ausländischen Arbeitskräfte in Deutschland während des Krieges eingeteilt waren. Diese Hierarchie war unter den deutschen Wachmannschaften allgemein akzeptiert und wurde in Form gestaffelter Rechte und Pflichten für die Gefangenen auch umgesetzt. Dadurch waren die Überlebenschancen der sowjetischen Kriegsgefangenen von vornherein beeinträchtigt und es lassen sich zahlreiche Kommandos mit hohen Sterberaten nachweisen. Nur ausnahmsweise sind umfangreichere Quellenbestände erhalten, die den Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen auch im zeitlichen Ablauf nachvollziehbar werden lassen. Ein Beispiel dafür sind die Planungen des Wasserwirtschaftsamtes Verden zur Sanierung des Teufelsmoores.¹⁸ Hier hatten bereits im Juli 1941, also kurz nach Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion, Gerüchte über die Ankunft von sowjetischen Kriegsgefangenen Begehrlichkeiten geweckt. Das Regierungspräsidium in Stade regte daraufhin beim Wehrkreiskommando in Hamburg an, die sowjetischen Soldaten beim Bau von Be- und Entwässerungsanlagen (Meliorationsarbeiten) im Moor einzusetzen und erhielt dabei Unterstützung durch die Landesbauernschaft Niedersachsen. Auch hier wird sowohl das institutionelle Zusammenspiel als auch die verbreitete Kenntnis über die Einsatzbedingungen für sowjetische Gefangene deutlich. Die Arbeit im Moor erfüllte die zu diesem Zeitpunkt noch sehr eng gefassten Voraussetzungen zum Einsatz der sowjetischen Gefangenen: Es handelte sich um aufwändige und schwere Arbeit unter harten Bedingungen an Orten, die weitab von deutscher Bevölkerung lagen. Die Landesbauernschaft erwähnte denn in ihrem Unterstützungsschreiben vom 17. Juli 1941 auch folgerichtig: „Nach den Planunterlagen [...] sind grosse Flächen von Hand zu kühlen [umzugraben und von Bepflanzung und Wurzelwerk zu befreien]. Auch hier könnten ähnlich wie im Emsland

für Strafgefangene die russischen Kriegsgefangenen in grösseren Kolonnen arbeiten, ohne mit der Bevölkerung in Berührung zu kommen. Ich hoffe sehr, dass es gelingen wird, durch den Einsatz von Gefangenen einen Teil der ausführungsbedürftigen Meliorationen fertigzustellen und bin bereit, Ihre Bemühungen um den Einsatz der Gefangenen zu unterstützen.“¹⁹ In der Folge wurde die Angelegenheit mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes in Hannover – ein weiterer Akteur – besprochen, der die Forderungen ebenfalls befürwortete. Man wartete jedoch noch auf die generelle Zustimmung des OKW zum Einsatz sowjetischer Gefangener für Meliorationsarbeiten und verhandelte solange mit dem Gebietsbeauftragten für die Regelung der Bauwirtschaft, um sein Einverständnis zu erhalten. Damit war die nächste Institution in die Planungen involviert.

Bis zum Herbst tat sich jedoch wenig im Sanierungsgebiet Teufelsmoor. So waren Ende September 1941 erst 180 sowjetische Gefangene in dem riesigen Gebiet eingesetzt. Aber man nahm jetzt konkrete Planungen für den Einsatz weiterer knapp 2.000 von ihnen in Angriff. Dazu bereiste eine vierköpfige Kommission, der auch zwei örtliche Zimmermeister aus der Region angehörten, das Gebiet und schätzte den Rohstoffbedarf für den Umbau der als Unterkunft vorgesehenen Räumlichkeiten ab. Dabei handelte es sich um Scheunen, Stallungen – zweimal wird auch explizit ein Schweinestall genannt –, ungenutzte Schulgebäude, Säle von Gastwirtschaften und Wohnhäuser. Die Belegungsstärken sollten zwischen 30 und 300 Mann pro Unterkunft betragen. Man war hier also schon von den zu dieser Zeit noch geltenden rigorosen Vorschriften zur Unterbringung der sowjetischen Gefangenen abgegangen: Die Mehrzahl war mit geplanten 30 bis 50 Mann eher klein und befand sich mitten in den Dörfern, weil für Neubauten in unbewohntem Gebiet bereits die Rohstoffe fehlten. Die Unterkünfte sollten in drei bis acht Wochen fertiggestellt sein, d.h. man rechnete mit der Zuweisung der Gefangenen ab Ende Oktober 1941. Gleichzeitig liefen beim Wasserwirtschaftsamt Verden erste Erfahrungsberichte über den schon laufenden Einsatz ein. Die

Straßenbaufirma Wegener und Möller aus Bremen, die bereits seit Ende August sowjetische Gefangene einsetzte, schrieb am 1. Oktober 1941: „Die Russen waren bei ihrer Ankunft [aus Wietzendorf] vollständig heruntergekommen, sodaß viele bei der geringsten Anstrengung zusammenbrachen und nicht fähig waren, sich zu erheben. Sie waren in den ersten Tagen nicht davon abzuhalten, sämtl. irgendwo liegenden Speise- oder Obstreste gierig zu verzehren. Auch wurde von vielen Sauerampfer, Pilze und sogar Gras in Mengen gegessen. Wir haben unser Möglichstes getan bei der knappen Zuteilung an markenpflichtigen Lebensmitteln, die Gefangenen mit frischem Gemüse satt zu bekommen. Trotzdem sind die Russen aber immer noch zu schwach, um richtig arbeiten zu können.“²⁰

Man könnte in diesem Dokument zunächst einen Beleg für die Sorge um die Gesundheit der Gefangenen sehen. Der Hinweis auf die Mangelernährung bildet jedoch nur den Auftakt des dreiseitigen Schreibens. Im Folgenden geht es nur noch um die strengen Bewachungsvorschriften, die einen Einsatz in kleineren Gruppen erschweren. Zur Abhilfe wird u.a. vorgeschlagen, dass „einige zuverlässige Vorarbeiter zur Bewachung Waffen bekommen“.²¹ Man war also in erster Linie darum besorgt, bürokratische Hemmnisse abzubauen, durch welche die Allmacht des Unternehmens beim Einsatz der sowjetischen Gefangenen eingeschränkt wurde. Die lebensbedrohliche Ernährungslage, die das Unternehmen ja nicht dazu veranlasst hatte, die eigentlich arbeitsunfähigen sowjetischen Gefangenen zu schonen, wurde nur angemerkt, weil sie die Durchführung der Aufträge gefährdete.

Die Mangelernährung, die einen effektiven Arbeitseinsatz so gut wie unmöglich machte, wirkte sich bis weit in das Jahr 1942 hinein aus, obwohl offizielle Anweisungen zur besseren Ernährung ständig zunahmen, jedoch auch widersprüchlich waren. So informierte das Stalag X B im April 1942 über einen Erlass des OKW, in dem es auf der einen Seite hieß, dass „die Verpflegungssätze der Zivilbevölkerung“ gelten würden, auf der anderen Seite aber darauf

hingewiesen wurde, dass minderwertiges „Pferdefleisch und Freibankfleisch in weitestgehendem Umfang heranzuziehen“²² sei und außerdem die Knochen mitgewogen werden sollten. Auch dadurch, dass die sowjetischen Gefangenen nach der Aufhebung der Lagersperre sofort wieder in den Arbeitseinsatz gebracht worden waren, entwickelten sich in den Kommandos enorm hohe Sterblichkeitsraten.²³ Die ab Mitte 1942 verstärkten Bemühungen um einen besseren Ausgleich zwischen Arbeitsanforderungen und Nahrungsbedürfnissen zeigten daher in der Folge nur geringe Wirkung, weil die sowjetischen Soldaten durch die monatelange Gefangenschaft grundlegend geschwächt waren.

Der großflächige Einsatz sowjetischer Gefangener im Teufelsmoor stockte jedoch trotz der frühen Maßnahmen noch bis November 1941. Nun war die Genehmigung des Reichsarbeitsministers abzuwarten, der wiederum zunächst mit dem OKW in Verbindung treten musste. Dabei hatte der „Staatliche Beauftragte für das Teufelsmoor“ – eine Dienststelle des Wasserwirtschaftsamtes Verden – seine Ansprüche bereits heruntergeschraubt und beantragte nunmehr nur noch „300 Russen“ als „erste Rate“.²⁴ Erst Anfang Dezember wurden dann die ersten Überlassungsverträge zwischen dem Stalag X B Sandbostel und dem Wasserwirtschaftsamt Verden geschlossen. Darin waren die Einsatzbedingungen der Gefangenen festgelegt und auch die Abgabe, welche die Unternehmen an das Stalag zu entrichten hatten. Paragraph 8 des Vertrages diente angesichts der tatsächlichen Zustände, die allen Beteiligten bekannt waren, nur dem Abschieben der Verantwortung: „Der Unternehmer soll die Kr.-Gef. mit Menschlichkeit behandeln und sie insbesondere gegen Gewalttätigkeiten, Beleidigungen und öffentliche Neugierde schützen.“²⁵

Im Folgenden gab es zahlreiche Schreiben des Stalag an das Wasserwirtschaftsamt, durch welches die zahlreichen Vorschriften und insbesondere deren häufige Änderungen mitgeteilt wurden. Lohn- und Versicherungsfragen waren dabei wichtiger als überlebenswichtige

Ernährungs- oder Unterkunftsprobleme. Dennoch lassen die Schreiben zwischen den Zeilen die bis dahin herrschenden Zustände erahnen. So weist die Kommandantur in Sandbostel Anfang Januar 1942, als das Lager unter Quarantäne steht, in einem Schreiben an das Wasserwirtschaftsamt Karlshöfen darauf hin, dass „auch die Unterkünfte der sowjetischen Kgf. geheizt sein müssen“.²⁶ Bei den vorgesehenen Verpflegungssätzen wurde häufig darauf gedrungen, dass nur minderwertige Produkte verabreicht werden sollten. Brot sollte danach zu einem Viertel aus Zuckerrübenschnitzeln bestehen, die geringe Fleischportion von 250 g pro Woche sollte möglichst aus Pferde- und Freibankfleisch bestehen. Es sei hier noch einmal darauf hingewiesen, dass hier die Erlasse zitiert werden und diese Mengen nur selten zur vollen Verteilung kamen. Versuche zur Verarbeitung von Fuchsfleisch wurden wegen der hohen Seuchengefahr rasch wieder eingestellt.

Auch nachdem ab Mitte 1942 angesichts des anhaltenden und sich zunehmend verschärfenden Arbeitskräftemangels versucht wurde, durch geänderte Vorschriften die Einsatzfähigkeit der sowjetischen Gefangenen zu erhöhen, blieben die grundsätzlichen Probleme bestehen. Exemplarisch dafür ist das Schreiben eines Bewohners des Dorfes Nordsode, der eine Unterkunft für 30 sowjetische Gefangene vermietet hatte, vom März 1943 an das Wasserwirtschaftsamt Verden: „Leider müssen wir Ihnen eine unangenehme Mitteilung machen, denn da wir uns vor Flöhe[n] nicht mehr helfen können, möchten wir Sie dringend bitten[,] das Lager zu reinigen. Da wir sonst gezwungen sind, es dem Gesundheitsamt zu melden. Wir haben 3 kleine Kinder, die bunt von Flohstiche sind und die Sie sich zu jeder Zeit ansehen können. Also bitte seien Sie so freundlich und beschleunigen Sie die Sache, denn es ist nicht mehr menschlich, was wir des Abends den [die] Kindern und uns selbst [nach] Flöhe[n] absuchen.“²⁷ Das Leid der Gefangenen selbst, die vermutlich schon die ganze Zeit unter der unhygienischen Unterkunft zu leiden hatten, werden mit keinem Wort erwähnt.

Ab Mitte 1942 gehörten sowjetische Kriegsgefangene zum Alltag der deutschen Kriegsgesellschaft. Die Beschränkungen, die man ihrem Einsatz aus ideologischen Gründen zunächst noch auferlegt hatte, fielen nach und nach. Schließlich waren sowjetische Gefangene in jedem Wirtschaftsbereich eingesetzt, sei es Rüstungsindustrie, Bauwirtschaft, Bergbau, Handwerk oder Landwirtschaft. Und sie waren auch in unmittelbarer Nähe zur deutschen Bevölkerung untergebracht, so dass fast jeder mit ihnen in Kontakt kam. Die heutige Überlieferung vor allem der deutschen Zeitzeugen ist in der Regel sehr einseitig geprägt. In der Regel wird davon berichtet, dass die sowjetischen Gefangenen es allgemein nicht gut gehabt hätten, aber auf dem Hof des Zeitzeugen anständig behandelt worden seien. Dazu gibt es noch Geschichten vom Tauschhandel mit kleinen kunsthandwerklichen Gegenständen, die von den sowjetischen Gefangenen gebastelt worden sind. Andere Aspekte, wie Gewalt gegen die Gefangenen, wird selten thematisiert, und auch die Überlegung, dass es für die Gefangenen sehr belastend war, in ihrem abgearbeiteten Zustand während ihrer knappen Freizeit noch Tauschgegenstände herstellen zu müssen, um ihr Überleben zu sichern, wird ausgeblendet. So besteht die Gefahr, dass die Einbeziehung deutscher Zeitzeugenstimmen beispielsweise in Ausstellungen an den Orten früherer Kriegsgefangenenlagern zu einem idealisierten Bild der Gefangenschaft führt.

Bisweilen gibt es aber doch Einblicke in den Alltag der kleinen dörflichen Kommandos. Dabei wird zum einen sichtbar, wie viele Stellen und Personen mit dem Arbeitseinsatz befasst waren oder davon Kenntnis hatten. Zum anderen wird die ausschlaggebende Rolle der Wehrmachtsangehörigen deutlich, die selbstherrlich agieren konnten, auch wenn sie nur niedrige Dienstgrade bekleideten. Die Forstverwaltung Axstedt beispielsweise beschwerte sich ab März 1943 in mehreren Schreiben an das Stalag X B wiederholt über den Gefreiten Kappelmann, der Führer eines Kommandos mit 20 sowjetischen Kriegsgefangenen war.²⁸ Kappelmann gebe „sehr häufig Sonntags die Kriegsgefangenen an Bauern zur Arbeitsleistung ab. Nach der schweren Waldarbeit haben

daher die Gefangenen nicht die Möglichkeit, sich Sonntags auszuruhen und ihre Sachen wieder in Ordnung zu bringen.“²⁹ Die Gefangenen nahmen zwar die Gelegenheit wahr, an zusätzliche Lebensmittel zu kommen, ihre permanente Überforderung wurde von der Forstverwaltung jedoch durch nachlassende Arbeitsleistungen festgestellt. Vermutlich wird Kappelmann dafür eine finanzielle Entschädigung bekommen haben, dies konnte von der Forstverwaltung jedoch nicht bewiesen werden. Die Vorgesetzten von Kappelmann in Sandbostel deckten sein eigenmächtiges Verhalten und revanchierten sich mit Hinweisen auf die mangelnde materielle Ausstattung der Gefangenen durch die Forstverwaltung. Es würde trotz ständiger Hinweise an Schutzkleidung und Seife fehlen. Außerdem wurde angemerkt, dass es sich bei den Bauern der Umgegend um Neusiedler handelte, die „aus wehrtechnischen Gründen enteignet und hier auf dem Gut Karlshorst angesiedelt worden“³⁰ waren. Die sowjetischen Kriegsgefangenen „haben sich gern und freiwillig wegen des zusätzlichen Essens zur Arbeit bei den Bauern gedrängt“. Dies sei „dem Forstamt durch die hiermit erzielte Kräftigung der Kgf. für die schwere Waldarbeit zugute gekommen“.³¹ Aufgrund der Beschwerde der Forstverwaltung entfalle diese Möglichkeit jetzt. Kappelmann habe „Bestes gewollt und auch erzielt“.³²

Im weiteren Schriftwechsel wird am Verhalten des Gefreiten Kappelmann gewissermaßen die Selbstermächtigung des kleinen Mannes deutlich, die der Einsatz der ausländischen Zwangsarbeiter an so vielen Stellen im nationalsozialistischen Deutschland ermöglichte. Kappelmann gewährte dem gesamten Kommando eine Leistungszulage in Form von Zigaretten, obwohl dies eigentlich an strenge Vorgaben geknüpft war.³³ Außerdem hatte Kappelmann eine Unterkunft für seine Familie angemietet, die er aus dem Brennholzkontingent für das Kriegsgefangenenlager heizte, und er hatte eigenmächtig einen Lagerraum für eine umfangreiche Kaninchenzucht zweckentfremdet, „sodaß die Kaninchenjauche durch den Boden tropft“.³⁴ Er hatte sich einen kleinen Bereich kaum eingeschränkter Selbstherrschaft geschaffen.

Und auch wenn die Geschichten der deutschen Zeitzeugen von punktueller Hilfe im Einzelfall stimmen mögen, zweifelsfrei bleibt, dass die rassistische Ideologie bis zuletzt die Richtschnur für das Verhalten den sowjetischen Gefangenen gegenüber blieb. Von allen Gefährdungen waren die sowjetischen Gefangenen in besonderem Maße betroffen, seien es nun Nahrungsmittelknappheit, mangelnde Hygiene, Krankheiten und Seuchen oder ab 1943 zunehmend die alliierten Bombenangriffe. Und die Diskriminierung dauerte bis in den Tod. Die Verwaltung des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf beschwerte sich Anfang 1942 wiederholt darüber, dass die Leichen von sowjetischen Kriegsgefangenen nicht ordnungsgemäß eingeliefert worden waren: „Am 22. Januar 1942 wurde der russische Kriegsgefangene Schalow von der Unterkunft Hansamühle in Hamburg-Neuhof als Leiche vom sowjetischen Arbeitskommando 7072 Neuhof eingeliefert. Die Leiche befand sich bei der Einlieferung ohne jede Bekleidung und musste nackt aus dem Anhänger eines Personenwagens in die Leichenhalle der Kapelle gebracht werden und dann in demselben Zustand von unseren Leuten beigesetzt werden.“³⁵ Die Friedhofsverwaltung protestierte „schärfstens“ gegen diese Art der Einlieferung, denn: „Es lässt sich nicht vermeiden, dass Besucher des Friedhofes die Leichen in diesem Zustand sehen.“³⁶ Zukünftig sollte daher die Einlieferung angekündigt werden, damit man vorher eine Gruft ausheben konnte. Außerdem sollten die Toten in einem Transportsarg eingeliefert werden, der wiederverwendet werden konnte: Die Vorschriften sahen dagegen für sowjetische Kriegsgefangene keinen Sarg für die Beisetzung vor, sondern nur spezielles Papier.³⁷ Aber selbst gegen diese Vorschrift wurde hier verstoßen, denn Schalow wurde nackt beigesetzt. Schalow, der eigentlich Schkalew hieß, wurde um den 20. November 1941 in Sandbostel registriert und dann unmittelbar vor der Verhängung der Quarantäne des Lagers Sandbostel Anfang Dezember 1941 weiter zum Arbeitskommando nach Hamburg gebracht. Dort hat er dann keine zwei Monate überlebt.³⁸

Knapp vier Wochen später hatten sich die Zustände noch nicht wesentlich geändert. Ende Februar 1942 schrieb die Friedhofsverwaltung: „Die

Leiche des russischen Kriegsgefangenen Skuratow ist am 24.2.1942 um 10.30 Uhr zur Beerdigung eingeliefert. Die Leiche war nur in Papier eingewickelt, welches vollkommen mit Blut besudelt war. Da die Gruft nicht fertig war, weil die Anmeldung zu spät erfolgte, lag die Leiche solange in der Leichenkammer zwischen anderen Särgen. Die Forderung der Bauverwaltung, die russischen Leichen zumindestens in einem Transportsarg einzuliefern, sind unbeachtet geblieben.“³⁹ In der Folge einigte man sich in einem längeren Briefwechsel zwischen Friedhofsverwaltung, übergeordneter Bauverwaltung, Arbeitskommando – also Wehrmacht – und Beerdigungsunternehmen darauf, die Mindeststandards künftig zu beachten. Aus der Personalkarte von Wassilij Skuratow geht hervor, dass er unmittelbar nach Aufhebung der Quarantäne über das Lager Sandbostel am 13. Februar 1942 nach Hamburg transportiert worden war. Dort hat er dann nur zehn Tage überlebt. Diese kurze Spanne würde dafür sprechen, dass er durch den Winter so geschwächt war, dass dieser kurze Arbeitseinsatz ihn umgebracht hat. Das „vollkommen mit Blut besudelte Papier“, in das sein Körper bei der Einlieferung auf dem Friedhof eingewickelt war, zeugt jedoch von einem gewaltsamen Tod, über dessen Hintergründe wir nichts Näheres wissen.

Die Vorgänge zeigen, dass es nicht darum ging, die Würde der Toten zu wahren, sondern die Abläufe des Friedhofes nicht zu beeinträchtigen. Nicht, dass die Toten nackt waren oder deutliche Spuren von Gewaltverbrechen aufwiesen, war das Problem, sondern diese Zustände sollten vor fremden Blicken verborgen bleiben.

Abschließend sollen ein paar knappe Überlegungen zum didaktischen Potential des Themas in Gedenkstätten angestellt werden. Die Stiftung Lager Sandbostel befindet sich dabei in einer besonderen Situation. Im Unterschied zu den reinen sogenannten „Russenslagern“ wie Wietzendorf, Zeithain oder Senne, befanden sich in Sandbostel Kriegsgefangene aller Nationalitäten, von Polen bis zu Amerikanern. Daneben waren hier zeitweise Zivilinternierte, hauptsächlich Ange-

hörige der britischen Handelsmarine, untergebracht, so dass nach offizieller Zählung die Gefangenen im Stalag X B aus über 70 Nationen stammten. Diese Situation bietet die Möglichkeit, in der Ausstellung und in der pädagogischen Arbeit Vergleiche zur unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen Gruppen von Gefangenen direkt vor Ort herzustellen. Darin liegt die große Chance des Lernortes Sandbostel.

Auf der anderen Seite muss gegen die verschiedenen Erwartungen angekämpft werden, mit denen die Besucherinnen und Besucher – jedenfalls diejenigen ohne persönlichen Bezug zum Ort – nach Sandbostel kommen. Viele erwarten z.B. eine KZ-Gedenkstätte. Gegen Ende des Krieges wurde Sandbostel zu einem sogenannten KZ-Auffanglager für Räumungstransporte aus verschiedenen Außenlagern des KZ Neuengamme und dem Stammlager selbst. Die Bilder der überlebenden KZ-Häftlinge haben die Nachkriegswahrnehmung stark geprägt. Dieser Gruppe von Besucherinnen und Besuchern muss zunächst vermittelt werden, dass es sich in erster Linie um ein Kriegsgefangenenlager gehandelt hat und die Geschichte des KZ-Auffanglagers ein besonders Kapitel der unmittelbaren Kriegsendphase darstellt. Ein eminent wichtiges und aufschlussreiches Kapitel, aber nicht den Hauptstrang der Erzählung.

Demgegenüber stehen Besucherinnen und Besucher, die Sandbostel als „normales“ Kriegsgefangenenlager wahrnehmen, wie es sie in jedem Krieg und in jedem kriegführenden Land gibt. Typisch für diese Gruppe ist z.B. der Verweis auf das Leiden und Sterben der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Daher muss besonderer Wert auf die Schilderung der typisch nationalsozialistischen Elemente der Tätigkeit der Wehrmacht im Stalag X B gelegt werden. Entscheidend ist, zu zeigen, dass das Kriegsgefangenenwesen der Wehrmacht bereits in der Planungsphase die nationalsozialistischen Ideologeme aufgenommen hatte und alle Facetten der Existenz des Lagers davon beeinflusst waren. Dadurch erklärt sich die bedeutende Rolle, die dem Schicksal der sowjetischen Gefangenen zukommt, weil bei ihnen der

Rassismus am deutlichsten zu Tage trat. Letztlich muss es das Ziel sein, nicht neutral ein Kriegsgefangenenlager zu erklären, sondern das Funktionieren der deutschen Gesellschaft im zweiten Weltkrieg am Beispiel des Kriegsgefangenenlagers Stalag X B darzustellen.

Zentral dafür ist der Bereich des Arbeitseinsatzes, an dem die Vergesellschaftung der verbrecherischen Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen am deutlichsten wird. Die Gedenkstätte Lager Sandbostel verfügt über die Abrechnungsunterlagen des Kommandos 410 Oelstorf bei Lüneburg. Die französischen und sowjetischen Gefangenen dieses Kommandos waren in fünf benachbarten Dörfern in der Landwirtschaft eingesetzt. Aus den Unterlagen lassen sich über Hundert Akteure erkennen, die in Beziehung zu dem Arbeitskommando standen. Dabei handelte es sich neben den eigentlichen Arbeitgebern um Lieferanten oder auch Handwerker, die Arbeiten an der Unterkunft ausführten oder Hilfswachleute. Eine besondere Position nahmen der Bürgermeister und der Ortsbauernführer ein, die offiziell gegenüber dem Stalag als Arbeitgeber auftraten und von den einzelnen Landwirten den Lohn eintrieben, um ihn an die Wehrmachtsverwaltung zu überweisen. Auch die KZ-Gedenkstätten betonen seit einigen Jahren stark die Einbindung und das Wissen der deutschen Umgebungsgesellschaft. Bei der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen tritt dieser Aspekt jedoch vielleicht noch stärker hervor, weil sie mit der Zeit in jedem Dorf zu finden waren, die meisten Einwohner mit ihnen umgehen mussten und sich vielfältige Kontaktflächen ergaben. Überspitzt gesagt, kann man so die Erwartung vieler Besucherinnen und Besucher, dass es in einer Ausstellung über ein Kriegsgefangenenlager ja eher um ein allgemeines und kein spezifisch nationalsozialistisches Phänomen geht, für didaktische Überraschungseffekte nutzen, wenn man den Verbrechenscharakter der Behandlung der sowjetischen Gefangenen, die umfassende Verantwortung der Wehrmacht und die ideologische Komponente im Verhalten der deutschen Zivilbevölkerung akzentuiert. In einer KZ-Gedenkstätte erwartet man eine Konfrontation mit

den Verbrechen, bei einer Gedenkstätte am Ort eines ehemaligen Kriegsgefangenenlagers nicht unbedingt.

Dies sind nur erste Überlegungen zu einer eigenständigen Rolle von Gedenkstätten an Orten ehemaliger Kriegsgefangenenlager, die ausgebaut und systematisiert werden müssen. Vielleicht ist dazu eine eigenständigere Zusammenarbeit dieser Gedenkstätten und eine stärkere Abgrenzung zu den KZ-Gedenkstätten notwendig, ohne dass man sich von ihnen ganz abkoppelt.

-
- ¹ Ich danke Wolfgang Scheder von der Dokumentationsstelle Dresden für die Erstellung der vorläufigen Totenliste der sowjetischen Kriegsgefangenen des Stalag X B Sandbostel.
 - ² Die grundlegenden Quellen sind ediert in: Rüdiger Overmans, Andreas Hilger und Pavel Polian (Hg.): Rotarmisten in deutscher Hand. Dokumente zu Gefangenschaft, Repatriierung und Rehabilitation sowjetischer Soldaten des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 2012.
 - ³ Detaillierte Nachweise bei: Felix Römer: Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42, Paderborn 2008.
 - ⁴ Grundlegend jetzt: Rolf Keller: Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen, Göttingen 2011. Allgemein zum Stalag X B: Werner Borgsen, Klaus Volland: Stalag X B Sandbostel. Zur Geschichte eines Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers in Norddeutschland 1939-1945, 4., um einen Anhang ergänzte Aufl., Bremen 2010.
 - ⁵ Staatsarchiv Bremen, 4,29/1 Nr. 1293.
 - ⁶ Ebd.
 - ⁷ Ebd.
 - ⁸ Entsprechende Bereichsbefehle des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis X in: The National Archives (London), WO 309/414.
 - ⁹ Die überlieferten Dokumente der Wehrmacht zur Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen stellen heute die wichtigste Quellengrundlage für die Erforschung ihres Schicksals dar. Lange ging man davon aus, dass sie verschollen sind. Sie sind jedoch im Archiv des russischen Verteidigungsministeriums erhalten und mittlerweile durch ein groß angelegtes deutsch-russisches Forschungsprojekt erschlossen. Zentral sind die Personalkarten I, auf denen neben den persönlichen Angaben auch Kommandierungen zu Arbeitskommandos, Versetzungen in andere Lager, Lazarettaufenthalte und Bestrafungen eingetragen wurden; vgl. Keller: Kriegsgefangene (wie Anm. 4), S. 33-43.
 - ¹⁰ Bericht Sergej Litvin, Archiv der Gedenkstätte Lager Sandbostel.
 - ¹¹ Vgl. die Anordnung des OKH über die Behandlung kriegsgefangener sowjetischer Frauen vom März 1943 in: Overmans u.a. (Hg.): Rotarmisten (wie Anm. 2), S. 328f.
 - ¹² Ich danke Christian Römmer, der das Schicksal dieser Gruppe detailliert untersucht hat.
 - ¹³ Kreisarchiv Bremervörde.
 - ¹⁴ Eigene Auswertung der unter www.obd-memorial.ru einsehbaren Personalkarten I der sowjetischen Kriegsgefangenen.
 - ¹⁵ ITS Archives, 1145a: 5885 Tannenhausen. Ich danke Hans-Jürgen Sonnenberg für den Hinweis auf diese Quelle.

-
- ¹⁶ Derzeit sind in der Gedenkstätte Lager Sandbostel ca. 1.100 Arbeitskommandos mit Kriegsgefangenen aller Nationalitäten erfasst, die zu irgendeinem Zeitpunkt in der Verwaltung des Stalag X B lagen. Gleichzeitig wurden bis zu 660 Kommandos verwaltet; die höhere Zahl kommt durch zahlreiche Umbenennungen und Umstrukturierungen zustande.
- ¹⁷ Beispiel eines derartigen Vertrages in: Staatsarchiv Stade, Rep 97 Verden Nr. 274.
- ¹⁸ Der gesamte Vorgang in: Ebd. und Nr. 275.
- ¹⁹ Staatsarchiv Stade, Rep 97 Verden Nr. 274: Abschrift des Schreibens der Landesbauernschaft Niedersachsen an den Regierungspräsidenten in Stade, 17. Juli 1941.
- ²⁰ Ebd.: Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Straßenbau Osterholz an das Wasserwirtschaftsamt Verden/Aller vom 1. Oktober 1941.
- ²¹ Ebd.
- ²² Ebd., Nr. 275: Schreiben der Bezirksstelle des Mannschaftsgefangenenlagers X B Rotenburg an das Wasserwirtschaftsamt Verden/Aller, 9. April 1942.
- ²³ Vgl. Keller: Kriegsgefangene (wie Anm. 4), S. 354.
- ²⁴ Staatsarchiv Stade, Rep 97 Verden Nr. 274: Schreiben des Staatlichen Beauftragten für das Teufelsmoor an den Regierungspräsidenten in Stade (Entwurf), 4. November 1941.
- ²⁵ Ebd.: Vertrag zwischen dem Deutschen Reich, vertreten durch den Kommandanten des Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlagers (Stalag) X B und dem Wasserwirtschaftsamt Verden/Aller, Dienststelle Teufelsmoor zur Überlassung von 150 Kriegsgefangenen, 8. Dezember 1941.
- ²⁶ Ebd., Nr. 275: Schreiben der Kommandantur des Stalag X B an das Wasserwirtschaftsamt, Carlshöfen, Krs. Bremervörde, 7. Januar 1942.
- ²⁷ Ebd.: Schreiben von J.D. Schröder, Nordsode 14 an das Wasserwirtschaftsamt Verden, 25. März 1943.
- ²⁸ Der Vorgang in: Staatsarchiv Stade Rep 82 Osterholz Nr. 458.
- ²⁹ Schreiben vom 16. März 1943.
- ³⁰ Staatsarchiv Stade Rep 82 Osterholz Nr. 458 Meldung der Kommandantur des Stalag X B, Gruppe III, 2. April 1943.
- ³¹ Ebd.
- ³² Schreiben vom 2. April 1943.
- ³³ Schreiben der Forstverwaltung Axstedt vom 6. April 1943.
- ³⁴ Schreiben der Forstverwaltung Axstedt vom 12. April 1943.
- ³⁵ Staatsarchiv Hamburg 325-1 Nr. 229. Danach auch das Folgende.
- ³⁶ Ebd.: Schreiben der Friedhofsverwaltung Ohlsdorf an das Garten- und Friedhofsamt der Hansestadt Hamburg, 23. Januar 1942.
- ³⁷ Rotarmisten (wie Anm. 2), S. 303 (Schnellbrief des Reichsministeriums des Innern vom 27. Oktober 1941 über die „Bestattung von Leichen sowjetischer Kriegsgefangener“).
- ³⁸ Eintragungen auf der Personalkarte I; Dokumentationsstelle Dresden.
- ³⁹ Staatsarchiv Hamburg 325-1 Nr. 229: Schreiben der Friedhofsverwaltung Ohlsdorf an das Garten- und Friedhofsamt der Hansestadt Hamburg, 25. Februar 1942.